



Katholischer Deutscher
FRAUENBUND

KDFB e.V.
Kaesestraße 18
50677 Köln

Tel. 0221/860 92-0
Fax 0221/860 92-79
[bundesverband@
frauenbund.de](mailto:bundesverband@frauenbund.de)
www.frauenbund.de

Stellungnahme

Frieden fällt nicht vom Himmel – Frauen fordern Gerechtigkeit

Der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) hat auf seiner Tagung „Der Frieden fällt nicht vom Himmel – Frauen fördern gerechte Entwicklung“ vom 14. – 16. Juni 2002 nach Möglichkeiten gesucht, Frauen weltweit in ihren Bemühungen zu stärken, Gewalt zu überwinden, den positiven Frieden anzustreben und friedensfördernde Bedingungen dauerhaft zu etablieren.

1. Frieden ist kein Naturzustand, sondern ein Werk der Gerechtigkeit, zu dem wir alle unseren Beitrag leisten müssen. Als Frauenverband sind wir überzeugt, dass Frieden leidenschaftliches Engagement für die Demokratie und für weltweit gerechte Strukturen braucht. Dies ist ein Ziel des Frauenbundes seit seiner Gründung 1903. So hat er während des I. Weltkriegs den Bau der Frauenfriedenskirche in Frankfurt initiiert: als Mahnmahl und Ort, um Kraft zu schöpfen für die große Herausforderung Frieden.
2. Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg und direkter Gewalt: Es ist die stetige Herausforderung, uns für gerechte und menschenwürdige Lebensbedingungen für alle Menschen einzusetzen und kontinuierlich an den Grundlagen für ein weltweites Zusammenleben auch ohne strukturelle und indirekte Gewalt zu arbeiten. In diesem Sinne gehört zum Frieden die Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse, die Verwirklichung von demokratischer Teilhabe, sozialer Gerechtigkeit, kulturellem Dialog, nachhaltiger Entwicklung und gemeinsamer Sicherheit.
3. Unfriede und Krieg gehören zum Alltag der internationalen Politik. Besonders Frauen und Kinder werden Opfer kriegerischer und struktureller Gewalt. Deshalb ist unser Einsatz für die Durchsetzung der Menschenrechte und für die Überwindung von Gewalt unverzichtbar.
4. „Zwischen Frieden und der Gleichstellung von Frauen und Männern und der Entwicklung besteht ein unauflöslicher Zusammenhang.“ (Aktionsplattform der 4. Weltfrauenkonferenz 1995, Rd.Nr. E 131) Frieden zwischen Einzelnen, zwischen Männern und Frauen, zwischen sozialen und ethnischen Gruppen, Religionen und Nationalitäten kann nur gelingen, wenn sich jeder und jede mit ihren Wertvorstellungen und psychischen und materiellen Bedürfnissen in der Entwicklung wiederfindet. Der Einsatz für den Frieden muss sich auf all diese verschiedenen Bereiche beziehen.

Der Frauenbund fordert von den Verantwortlichen in Gesellschaft und Politik:

national

- Nachhaltigkeit als Voraussetzung für Frieden mit den kommenden Generationen zur Grundlage politischer Entscheidungen zu machen;
- Erziehung zu Frieden und Gewaltlosigkeit in ihrer Bedeutung wahrzunehmen und ihre Rahmenbedingungen zu verbessern, z.B. neue Formen der Kommunikation (Mediation, Konflikttraining) in allen Bereichen der Gesellschaft zu fördern;

- die Gemeinschaftsarbeit für und in der Familie als wesentlichen Faktor für ein geschlechtergerechtes und friedensförderndes Zusammenleben anzuerkennen und die Leistungen von Frauen für alle Generationen als wichtige Entwicklungsleistungen zu berücksichtigen;
- „Fremde“ und „Schwache“ in der Gesellschaft nicht auszugrenzen, sondern ihre Integration in allen Bereichen zu fördern;
- Austausch und Dialog mit anderen Ländern, Völkern und Kulturen intensiv zu fördern, um Begegnung, Verständnis und Versöhnung zu ermöglichen.

international

- Armutsbekämpfung als Grundlage für globalen Frieden zur Priorität außenpolitischen Handelns zu machen;
- Friedenssicherungseinsätze in Konfliktgebieten so zu konzipieren, dass vor allem der Aufbau demokratischer Strukturen gefördert, Menschenrechte gesichert und die Kompetenzen von Nichtregierungsorganisationen mit einbezogen werden;
- Frauen bei friedensschaffenden Maßnahmen auf allen Ebenen einzubeziehen und für die Vorbeugung und Lösung von Konflikten ihre innere Stärke, ihr innovatives Denken und ihre Kreativität zu nutzen;
- die Durchsetzung der Menschenrechte unter Einbeziehung der Geschlechterperspektive als Kriterium bei allen außenwirtschaftlichen Beziehungen mit zu berücksichtigen, um sie als Grundlage für friedliche und gerechte Entwicklung weltweit stärker zu verankern.

Der Frauenbund fordert von den Verantwortlichen in unserer Kirche:

- den interreligiösen Dialog zu fördern;
- fundamentalistische Tendenzen in den eigenen Reihen aufzuspüren, zu benennen und abzubauen;
- sexuelle Gewalt gegen Frauen und Kinder zu ächten;
- kirchliche Entwicklungs-, Missions- und Friedensdienste bei der Armutsbekämpfung und als Träger geschlechtergerechter Entwicklung zu fördern und auch finanziell zu stärken.

Der Frauenbund verpflichtet sich

- den interreligiösen Dialog auf allen Ebenen des Verbandes fortzusetzen und zu intensivieren;
- Konflikte und Tabus wahrzunehmen, zu thematisieren und zu bearbeiten;
- Macht im positiven Sinne zu nutzen, Allianzen mit anderen Organisationen zu bilden und dabei auch unbequeme Positionen zu vertreten;
- Vorurteile gegenüber fremden Kulturen durch Begegnungen und durch Wissens- und Informationsvermittlung innerhalb seiner Bildungsarbeit abzubauen;
- wahrzunehmen, wo im Verband Arbeit für Frieden und Versöhnung geleistet wird und solche Projekte entsprechend zu würdigen und zu fördern;
- eine Frauenkultur zu pflegen, die von Aufmerksamkeit für Lebensgeschichten und Gesprächsbereitschaft geprägt ist.

Als Beispiel des eigenen Engagements für den Frieden und die Förderung gerechter Entwicklung empfiehlt die Delegiertenversammlung des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB) den Dialog mit Frauen aus Osteuropa und die Förderung ihrer Frauen(verbands-)arbeit.

*verabschiedet von der Bundesdelegiertenversammlung
Bonn, 16. Juni 2002*